

US-Topökonom Eichengreen warnt vor Finanzkatastrophe, wenn ein Land aus der Euro-Währungsunion austritt

„Eine Euro-Exitklausel wäre pervers“

Von Hermann Sileitsch

■ Währungsexperte: Kontrolle Athens durch IWF wäre weniger effizient als durch Eurozone.

■ „Nicht genügend“ für Management der Krise in Eurozone.

„Wiener Zeitung“: Sie haben oft gewarnt, der Austritt eines Landes aus der Eurozone könnte die „Mutter aller Finanzkrisen“ auslösen. Gilt das auch aktuell?

Barry Eichengreen: Natürlich. Ich bin unverändert der Meinung, dass ein möglicher Austritt eines Landes wie Griechenland, Spanien, Portugal oder Italien das schlimmste Finanzchaos verursachen würde. Jedem wäre doch klar: Der Grund ist die Abwertung der nationalen Währung gegenüber dem Euro. Wenn Griechenland die Drachme wieder einführt, würden Investoren vom ersten Tag an, wenn sie von dieser Möglichkeit erfahren, sofort jedes griechische Investment verkaufen: Die griechischen Banken würden einen Run erleben, der Anleihen- und Aktienmarkt würden kollabieren. Es würde in eine fürchterliche Krise münden.

Die einzige Ausnahme, die ich freilich nicht für wahrscheinlich halte, wäre, wenn sich ein Land zu einem Austritt entschließt, weil es eine stärkere Währung einführen will – etwa Deutschland die Deutschmark. Dann würde Kapital



Griechenland-Krise: Barry Eichengreen kritisiert das Zaudern der Eurozone. Foto: afp

ins Land fließen, was andere Probleme verursacht, aber die prinzipielle Marktreaktion wäre positiv.

Zumindest die deutsche Öffentlichkeit scheint dem nicht abgeneigt. Was hieße ein Austritt der Deutschen für den Rest der Eurozone?

Ebenfalls alle möglichen Formen eines schlimmen Finanzchaos. Meinungsumfragen sind aber zum Glück nicht deckungsgleich mit der Politik: Dort können Sie emotional antworten. Sind Sie aber als Entscheidungsträger in einer verantwortlichen Position, sollten sie schon die Auswirkungen im Auge haben.

Würden diese negativen Effekte bereits eintreten, wenn eine Exit-Klausel nur als Möglichkeit in die Verträge inkludiert würde?

Ich denke schon. Allen, die so etwas fordern, würde ich entgegen: Erinnert euch an 1992, als es so eine Klausel im Europäischen Währungssystem gab und sich diese als fürchterlich destabilisierend herausgestellt hat.

Es ist nicht schwer vorherzusehen: Ist die Finanzlage eines Landes schlecht, agieren die Leute auf Basis dieser Erwartung und verschlimmern die Probleme. Ökonomen nennen das eine sich selbsterfüllende Krise.

Wie würden Sie das Agieren der Eurozone, der Europäischen Kommission und der EZB bewerten?

Vornweg: Die griechische Regierung würde eine recht gute Note erhalten. Sie hat getan, was man von ihr erwarten konnte, agiert transparent und spielt praktisch keine Spielchen mit den anderen Institutionen. Zu den anderen Akteuren: Wäre ich nachsichtig, erhielten sie ein „wenig zufriedenstellend“ – zumal das Semester noch nicht vorbei ist. Ansonsten müsste ich mit „nicht genügend“ urteilen: Sie agieren inkonsistent, werfen sich in Posen und spielen mit dem

Feuer, was den Druck auf die Griechen noch erhöht. Ich halte die Idee einer Exitklausel für pervers.

Man könnte den Griechen den Überbrückungskredit, den sie dringend brauchen, mit strikten Auflagen geben – entweder durch den Währungsfonds (IWF) oder durch Europartner; beides könnte funktionieren. Aber Woche für Woche erst vor- und dann zurückspringen, das ist alles andere als hilfreich.

Wäre das nicht eine Niederlage für die Eurozone, wenn der IWF aushelfen müsste?

Ich würde es zwar bevorzugen, wenn die anderen Euro-Partnerländer einspringen, aber es tut wenig zur Sache. Griechenland braucht zwei Dinge: Geld, damit es seine nötigen Reformen über einen Zeitraum von fünf statt nur drei Jahren durchführen kann.

Kein Land kann sein Budgetdefizit binnen drei Jahren um 10 Prozentpunkte reduzieren: Wer das tut, stürzt in eine Rezession und muss noch stärker kürzen. Es gibt dabei politische und wirtschaftliche Grenzen.

Das zweite sind strikte Auflagen, damit keine Vorbildwirkung für andere Länder gegeben ist – hier wären Deutschland und Frankreich in der viel besseren Ausgangssituation, das zu überwatchen als der IWF, der 5000 Meilen weit weg ist. Die Erfolgshistorie des IWF ist, was die Erfüllung von Auflagen betrifft, nicht berauschend.

Würde Washington Einfluss auf die Geldpolitik der Eurozone nehmen?

Das alles ist doch sekundär. Wäre es peinlich? Das sind kindische Kategorien! Was zählt die Optik; wichtig sind Fakten: Wer kann die Bedingungen effektiver durchsetzen? All diese Gerüchte, ob (IWF-Chef Dominique) Strauss-Kahn nun in Frankreich 2012 gegen (Nicolas) Sarkozy antritt, sind doch weniger wichtig als die Realität. Ich denke aber, dass der IWF weniger effizient wäre.

Wäre es nicht ein fatales Signal für die Investoren, dass die Eurozone ihre Probleme nicht im Griff hat?

Wenn Griechenland beim IWF Hilfe sucht und es funktioniert, würde es nicht das Vertrauen in die Eurozone gefährden. Deutschland und Frankreich haben aber viel effizientere Hebel, weil sie enger mit Griechenland verbunden sind.

Ein Vorteil wäre, dass die Schuld für harte Auflagen auf den Währungsfonds geschoben werden könnte.

Ich verstehe, dass das angenehm wäre, aber das sollte keine Rolle spielen. Jeder weiß doch, es wird einen Kredit geben müssen. Jeder sitzt auf Nadeln, woher die

ser kommt. Und jeder ist in Sorge, dass am Ende nicht die effizienteste Lösung angestrebt wird. Darüber sollte nicht die deutsche Innenpolitik entscheiden.

Wie viel Zeit bleibt noch?

Je früher umso besser, wenn man die Investoren beruhigen möchte. Griechenland muss erst im April zurück an den Kapitalmarkt gehen, aber die Europäer hatten genug Zeit zu verhandeln. Jetzt müssen Entscheidungen folgen.

Wie kann man künftig Schulden und Geldverschwendung verhindern?

Zum einen, indem Gelder nur unter Einhaltung sehr strikter, schmerzhafter Auflagen freigegeben werden. Ich glaube nicht, dass man die Zeit zurückdrehen und den Stabilitätspakt auf dem Reißbrett verschärfen kann. Länder mit guter Fiskalpolitik bauen zuhause funktionierende Strukturen auf: Deutschland hat ein Verfassungsgesetz für ausgeglichene Budgets und eine goldene Regel, Schweden verfolgt eine völlig offene und transparente Fiskalpolitik.

Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach Spekulanten?

Natürlich haben Spekulanten Druck gemacht, aber mit guten Gründen: Sie wetten auf ein Land, dessen Fiskalpolitik außer Kontrolle ist, dessen Wettbewerbsfähigkeit gesunken ist und sie sehen einen Mangel an Solidarität in der Eurozone. Es ist also kein Wunder, wenn sich Investoren gute Geschäfte versprechen.

In Europa wird oft darauf hingewiesen, dass auch Kalifornien Schuldenprobleme habe, der Dollar werde aber nicht infrage gestellt...

Wir haben in den USA eine andere Form von fiskalischem Föderalismus. Kalifornien wird wie kein anderer Bundesstaat von der Gesundheitsreform profitieren. Wir haben eine hohe Arbeitsplatzmobilität, die Menschen ziehen derzeit aus Kalifornien weg. Zudem macht unser Defizit zwei Prozent der Wirtschaftsleistung aus, jenes von Griechenland zwölf. Unser Staat hat Probleme, aber in einer anderen Größenordnung. ■

■ Zur Person

Barry Eichengreen (57) lehrt an der Universität von Berkeley, Kalifornien. Er ist seit 1984 Mitglied des Centre for Economic Policy Research und seit 1986 im National Bureau of Economic Research. Während der Asienkrise war er für den Internationalen Währungsfonds tätig. Anfang 2010 erhielt er in Wien den Joseph-Schumpeter-Preis. ■

Berlin versteift sich auf den IWF

■ Deutsch-französische Beratungen über Griechenland.

■ Telefonkonferenz noch vor dem Gipfel?

Brüssel. Deutschland und Frankreich arbeiten gemeinsam mit der EU-Kommission und EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy an einer Lösung für den Streit über den Griechenland-Notfallplan. „Die Franzosen und die Deutschen stehen in Kontakt, um eine gemeinsame Position über das Instrument und die Rolle des IWF zu finden“, sagte ein EU-Diplomat der Nachrichtenagentur Reuters. Dies schließe eine eingehende Diskussion über die Zukunft der EU und der Währungsunion sowie über eine europäische Wirtschaftsregierung ein. Bisher gebe es jedoch keine Einigkeit.

Die deutsche Regierung lehnt einen Beschluss über mögliche Finanzhilfen für Griechenland weiterhin mit dem Argument ab, das Land

habe nicht um Hilfe gebeten. Die EU-Kommission und die Mehrheit der EU-Staaten sind dagegen der Meinung, der EU-Gipfel am Donnerstag solle Klarheit über ein Hilfsinstrument schaffen, damit der Druck an den Finanzmärkten auf Griechenland nachlässt.

An den Gesprächen sei der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, beteiligt. Ein zweiter EU-Diplomat bestätigte dies und erklärte, auch der Chef der Euro-Finanzminister Jean-Claude Juncker sei einbezogen.

Merkel versteht sich als Hüterin des Euro

Es werde zudem über technische Einzelheiten bilateraler Hilfen wie die Höhe des Zinses, die Laufzeit und den Auslöser für eine Inanspruchnahme der Kredite diskutiert. Womöglich werde (so wie kurz vor dem Sondergipfel am 11. Februar zur Griechenland-Krise) noch vor Donnerstag eine Telefonkonferenz der Euro-Staaten anberaumt.

Falls es als letzte Mög-



Sarkozy und Merkel ringen um eine Euro-Lösung. Foto: reu

lichkeit doch noch zu europäischen Finanzhilfen für Griechenland kommen sollte, so will Berlin das offenbar von einer Beteiligung des IWF abhängig machen. „Voraussetzung für ein Handeln als Ultima Ratio ist, dass die Finanzierung Griechenlands am Kapitalmarkt erschöpft ist“, sagte ein hoher Regierungsvertreter. Als zweite Bedingung ergänzte er: „Ferner wäre nötig, dass der Internationale Währungsfonds einen substanziellen Beitrag leistet.“

Der Regierungsvertreter stellte klar: „Beim EU-Gipfel wird nicht über Hilfen für Griechenland entschieden.“

Kritik von europäischen Partnern an der harten Haltung der Bundesregierung in Sachen Griechenland-Hilfen wies der Vertreter zurück. „Die Bundesregierung handelt in europäischem Interesse“, sagte er. Es gelte, die europäische Stabilitätsgemeinschaft zu sichern: „Europafreundlichkeit beweist sich am Eintreten für die Stabilität des Euro.“ ■